

Arne C. Seifert

Berlin 2013

Islamisten – neuer Allierter der USA?

Mit ihrer Handreichung an islamistische Parteien und Bewegungen, welche von den Umbrüchen in der arabischen Welt beträchtlich profitieren, scheint die US-Administration ein „Salto Mortale“ des bisherigen Verhältnisses der USA zum politischen Islam zu vollziehen. Gleiches gilt für die anderen westlichen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik. Geschlossen hatten sie sich konfrontativ gegen „politischen Islam“, Islamismus und islamischen Bewegungen positioniert, diese mit Terrorismus und „neue Feinde der westlichen Zivilisation“ assoziiert. Sie haben diese Position bisher nicht widerrufen. Haben wir es also mit einem stillschweigenden Strategiewechsel zu tun, der sich um eine selbstkritische Bilanz jenes desaströsen „War on Terror“ mit seinen ungezählten Menschenopfern und politischen Verheerungen drückt?

Von Letzterem ist auszugehen. Was allerdings den Strategiewechsel betrifft, so dürfte das Bild sich beträchtlich relativieren, bewertet man die Verhaltensänderungen der USA und der EU-Staaten unter dem Gesichtspunkt ihres Gesamtkonzepts gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten und seinen politischen Eliten. Die Schlüsselfrage ist, ob und in wie weit sie ihr Konzept, ihre Interessen und das dafür eingesetzte Instrumentarium verändern.

Die Interessen sind hinlänglich bekannt. Den USA und EU-Staaten geht es in erster Linie darum, diese Region als das weltweit wichtigste Energiereservoir zu beherrschen und einen möglichst großen Teil seiner Petrodollars in die eigenen Wirtschafts- und Finanzkreisläufe zurückzuholen. Dazu kommt die Auseinandersetzung mit der Konkurrenz neuer internationaler Mächte (kurz „BRIC-Staaten“) und daraus abgeleitete geo- und militärstrategische Erwägungen. Kurz gefasst geht es dem Westen um seine Hegemonie über die Region. Unter der Bush-Administration wurde das in die Formel einer „Neuordnung von Greater Middle East“ gefasst.

Hegemonie zu verwirklichen bedingt die Fähigkeit, die herrschenden Eliten zu „lenken“. Woraus sich die Fragen ableiten „mit wem?“ und „wie“: mit gewaltsamen „Regime Change“ wie in Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und angestrebt in Iran, oder durch Anpassung an neue Kräftekonstellationen oder einer Mischtaktik zwischen Beidem.

All diese Varianten hat es in der Politik der USA, der alten europäischen Kolonialmächte und ihrer Erbtendenzen in der EU im letzten Dreivierteljahrhundert bereits gegeben: Einerseits ökonomische und wertemäßige Penetration, Beeinflussung von Führungseliten, Fremdbestimmung politischer Prozesse und Entscheidungen. Andererseits politischer und militärischer Druck sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Region und ihrer Staaten. Letzteres dominierte in der Politik des Westens seitdem er nach dem Ersten Weltkrieg die Vorherrschaft im arabischen Raum übernahm, wobei die letzten zehn Jahre der so genannten Antiterrorstrategie einen Höhepunkt an externer Gewaltanwendung darstellen.

„Die Zwangslage zwischen Unterdrückung im eigenen Land und Übergriffen durch das Ausland, ...[welche] die Araber immer mehr davon [ausschloss], ihre eigene Zukunft zu bestimmen“¹, können als grundsätzliche Ursachen für das gegenwärtige Aufbrechen der inneren Stagnation und politischer Polarisierung gesehen werden. Folglich kann als eine Leitfrage für das Bewerten des Charakters westlicher Handreichung an Islamisten gelten, ob die USA und auch europäische Staaten bereit sind, mit

¹ Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, UNDP, DGVN, Berlin 2005, Vorspann.

der Tradition zu brechen, die Udo Steinbach als eine Geschichte der Gewalttätigkeit bezeichnet: „Die Geschichte der Begegnung zwischen dem Westen und der islamischen Welt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der Gegenwart... wird als weitgehend gewalttätig wahrgenommen. Die Dominanz Europas und – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – der USA war verbunden mit steter Gewalt.“²

Geschichte der Gewalttätigkeit

Charakteristisch ist, dass der Westen seine Gewalttätigkeit stets gegen die Prozesse nationaler Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und -findung in der nah- und mittelöstlichen Region, deren Befreiungs-ideologien sowie ihren Träger richtete. Das galt in der Phase der antikolonialen Befreiungsbewegungen dem arabischen Nationalismus und Nasserismus sowie ca. zwanzig Jahre später dem Aufkommen eines anti-westlich orientierten Islamismus, der in der Gestalt Khomeinis, der islamischen Revolution sowie der Gründung der Islamischen Republik Iran (1979) sich erstmals staatlich konstituierte. Bereits in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts traten die Kolonialmächte mit äußerster Entschlossenheit gegen den Verlust ihrer Vorherrschaft an nationale Revolutionäre entgegen. Dazu gehörten die Revolution der Freien Offiziere in Ägypten (1952); der Sturz der syrischen Militärdiktatur (1954); die irakische Revolution (1958); die antimonarchistische Revolution in Nordjemen (1962); die algerische nationale Befreiungsrevolution (1954 bis 1962) und die Machtübernahme durch einen Revolutionsrat (1963); der Machtantritt der nationalistischen Ba' thpartei in Syrien; der bewaffnete Befreiungskampf gegen das englische Protektorat in Südjemen (1963 bis 1967); die Zerschlagung eines prowestlichen Regimes in Sudan (1969); die antimonarchistische Revolution in Libyen (1969) zählten. An jenem historischen Kreuzweg arabischer Geschichte sahen sich die jungen Staaten ständigem Widerstand des Westens ausgesetzt. England und Frankreich planten, die Nationalisierung des Suez-Kanals durch Nasser 1956 mit dessen Sturz rückgängig zu machen. In Geheimverhandlungen im Oktober 1956 in Sèvres bei Paris beschlossen sie einen Angriff gegen Ägypten. Zu ihrer Unterstützung eröffnete Israel am 29. Oktober eine Offensive auf der Sinai-Halbinsel, Frankreich und England begannen zwei Tage später ihren Einmarsch in Ägypten. Beides ging als „Dreier-Aggression“ in die Geschichte ein. Die Sowjetunion drohte England und Frankreich, selbst militärisch einzugreifen, wenn die Aggression nicht sofort beendet würde.

Als sich 1958 Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik zusammenschlossen, sahen die Westmächte in der Ausbreitung der arabisch-nationalistischen Befreiungs- und Einheitsideen Nassers ihre Interessen bedroht. Ebenso nahmen sie den Bürgerkrieg zwischen nasseristisch-nationalistischen sowie linken Kräften und der prowestlichen Regierung Shamoun im Mai 1958 im Libanon wahr. Diese Ideen griffen auch über auf die Palästinenser in Jordanien. Zur Unterstützung Shamouns landeten am 15. Juli 20.000 USA-Marines in Beirut. Über Jordanien sprangen 6.000 Mann britischer Luftlandeeinheiten ab. Dort hatte zwei Jahre zuvor König Hussein bereits den britischen Oberkommandierenden der „Arabischen Legion“, Glubb Pascha, abgesetzt. Am 14. Juli 1958 wurde im Irak die von Großbritannien gegründete Monarchie durch General Kassem gestürzt. Als die neue irakische Führung den Bagdad-Pakt verließ, erwogen die USA und England, militärisch zu intervenieren. Die sowjetische Führung warnte davor und nahm über Ägypten die militärische Unterstützung Kassems auf. Wie russische Quellen heute einschätzen, brachte die Irakkrise die Sowjetunion, die USA und England an den Rand eines militärischen Konfliktes.³

Mit der Machtergreifung antiwestlicher islamischer Kräfte in Iran wurde der wichtigste US-Verbündete in der Golfregion, Schah Reza Pahlavi, gestürzt. Khomeinis' islamische Revolution zeichneten vor allem das Zurückweisen der kulturellen und wertemäßigen Durchdringung der iranischen

² Steinbach, U., Islamischer Terrorismus, Ein selbstkritischer ‚Dialog der Kulturen‘ ist jetzt gefragt, Internationalle Politik, No.3, März 2002, S. 5

³ Naumkin, V.V., Dva krizisnych goda na Blizhnem Vostoke: Opyt sopostavlennoy Analiza, Islam i Musulmane: Kultura i Politika, Moskva 2000, S. 671

islamischen Gesellschaft durch westliche Dekadenz sowie ein konsequenter Antikolonialismus aus. Beides, der Sturz des Schahs und der Antikolonialismus jener Revolution, jagten den USA einen gewaltigen Schreck ein. Denn sie markierten den Beginn des Ausscherens der ersten Erdölmacht aus einem Abhängigkeitssystem, in welches die USA die Herrscherhäuser beiderseits des Golfs seit den 50-er Jahren eingebunden hatten. Die USA haben diese Niederlage bis heute nicht verkraftet.

Erstes Spiel der USA mit dem Islamismus

Im Iran bekamen es die USA und Europa in der Region erstmals mit einer staatlich konstituierten Variante islamischer Opposition zu tun, die ihre eigenen Streitkräfte aufbaute. In diese Periode fielen auch die „Saur-Revolution“ in Afghanistan sowie der Einmarsch der Sowjetunion. In Afrika führten weitere Befreiungsbewegungen zum Entstehen junger Staaten, deren Führungen sich auf ein Bündnis mit dem sozialistischen Lager orientierten.

Als Gegenreaktion hoben die USA bereits zu Beginn der 1970-er Jahre einen strategischen „think tank“ zur Bekämpfung des Kommunismus und der sozialistischen Orientierung in Afrika auf. Ihm gehörten an Henry Kissinger, Alexander de Marenches (seit 1972 Chef des französischen SDECE), Ägyptens Präsident Anwar Sadat, Schah Mohammad Reza Pahlavi, der marokkanische König Hassan II und Kamal Adham, damaliger Chef des saudi-arabischen Geheimdienstes. Die Geheimdienste der Staaten dieses Klubs, den der Herausgeber der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“, Mohammad Hasanein Heikal, „Safari-Klub“ taufte⁴, vereinbarten im September 1976 gemeinsame Maßnahmen im Sinne des obigen Ziels, wozu auch die Ausweitung des Einflusses des Islams und islamistischer Organisationen als Gegenkraft zum kommunistischen Modell gehörte.⁵ Auf diesem „Teilgebiet“ seiner Gegenstrategie erkannte der Klub dem saudischen Königshaus die Führungsrolle zu. Von 1973 bis 1993 unterstützte es die Konsolidierung islamischer Organisationen in sieben Entwicklungsländern mit 80 Mrd. US-\$.⁶

Seit dem Rückzug Großbritanniens als Kolonial- und Protektoratsmacht 1968 aus dem Golf trachteten US-Regierungen danach, die Herrscherhäuser der arabischen Erdölstaaten in eine Allianz gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zu ziehen. Mitte der 1980er Jahre war das die Hauptaufgabe der US-Diplomatie im Golf.⁷ Sie scheiterte an der Politik des gleichen Abstands zu den Blöcken („Äquidistanz“), der, neben anderen Nichtpaktgebundenen Staaten, auch die Golfmonarchien folgten, weil diese ihnen nationale und internationale Spielräume ließ. Jedoch zusammen mit dem Warschauer Vertrag verschwanden auch jene Spielräume. Erst im Golfkrieg 1990/91 gelang es Washington schließlich, die von Saddam Hussein in die Enge getriebenen Golfstaaten in eine solche Allianz einzubinden. Diesmal allerdings mit anderen Zielen.

Diesmal standen das Bemühen im Vordergrund, die Golfstaaten auf einen Kurs der Normalisierung ihrer Beziehungen mit Israel zu bringen und deren Zustimmung zur Stationierung von bis zu einer halben Million ausländischer Truppen in der Region zu erreichen. Ausgerechnet in Saudi-Arabien, einem Heiligen Land des Islam. Doch gerade mit Letzterem gossen sie Öl ins Feuer der islamistischen Gegenkräfte. Das Paradoxe bestand darin, dass gerade jene das Eigenprodukt der USA selbst waren. Diese hatten die Islamisten im ersten Afghanistankonflikt als Hilfstruppe zum Verdrängen der Sowjets aus Süd-West-Asien aufgepäppelt und ihnen somit zum ersten erfolgreichen internationalen Jihâd verholfen. Den „Afghanen“, die nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan 1989 zurückkehr-

⁴Heikal erhielt vom iranischen Revolutionsführer Khomeini die Erlaubnis zur Sichtung der Archive des Schahs, wo er auf die hier wiedergegebenen Fakten stieß.

⁵ „Der Safari-Klub rettete Zaires Diktator Mobuto, wofür er marokkanische und ägyptische Truppen sowie französische Luftstreitkräfte einsetzte; wendete von Ägypten die ‚Flut‘ ab, indem er 1972 die sowjetischen Militärberater aus dem Lande experimentierte, später geschah Gleiches mit den sowjetischen Militärberatern in Somalia; er provozierte Krieg zwischen Somalia und Äthiopien, weil dieses sich zur sozialistischen Orientierung bekannte.“ Alexander Ignatenko, *Islamic Radicalism: A Cold War By-Product, Central Asia and the Caucasus*, 1(7), 2001, Luleå, S. 108.

⁶ Ebenda

⁷ Deren Beobachter konnte der Verfasser zwischen 1982 und 1987 in seiner Eigenschaft als DDR-Botschafter sein.

ten, stand auch Bin Laden nah. Sie spielen in den gegenwärtigen Aufständen in arabischen Ländern mit ihren militärischen Erfahrungen und ihrem Hass auf die USA und den Westen eine Schlüsselrolle. Auch in den afghanischen Taliban hatten sich die USA bereits einmal verrechnet. Symptomatisch dafür ist ein Bekenntnis des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. 1998 antwortete er auf die Frage der französischen Zeitschrift „Nouvel Observateur“: „Bedauern Sie, islamistischen Fundamentalismus ermutigt, zukünftige Terroristen mit Waffen und Beratern versorgt zu haben?“ Antwort: „Was ist im Kontext von Weltgeschichte wichtiger: die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums? Einige islamistische Fanatiker oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“⁸

Nahost – Aufbruch in die unipolare Weltordnung

Nachdem die USA aus dem Untergang des Sowjetimperiums als die einzige verbleibende Supermacht hervortraten, zogen sie selbstsicher in ihren ersten großen Krieg im Golf. Sie befreiten einen der wichtigsten arabischen Erdölstaaten, Kuwait, und bestrafte den anderen, Irak, für die Okkupation des Ersteren. Woraus auch US-Präsident Bush (Sen.) nach dem ersten US-Irakkrieg kein Geheimnis machte, formulierte Brzezinski so: „Kommt das Ende (des Krieges – A.S.) schnell nach einem entscheidenden Sieg, wird es keinen neuen Isolationismus in Amerika geben – aber auch keine neue Weltordnung. Vielmehr hätten wir es im Wesentlichen mit einem internationalen System zu tun, dem die Überlegenheit einer Supermacht zugrunde liegt.“⁹

Es verdient heute hervorgehoben zu werden, dass es die iranische Führung war, die mitteilte, wie sie sich eine „neue Weltordnung“ vorstellen könnte: „Unsere Welt (sieht) sich neuen Zwängen und Erfordernissen gegenüber, die eine Neubewertung der Natur und der Zukunft von internationaler Sicherheit verlangen“, so Irans Präsident Mohammed Khatami 2002 vor der VN-Vollversammlung. „Die alte Auffassung von internationaler Sicherheit, die auf Macht und militärischen Fähigkeiten von Großmächten beruht, hat einen fundamentalen Wandel durchlaufen. Sicherheit kann nicht mehr allein durch Vereinbarungen zwischen einer Handvoll von Mächten in Abwesenheit derjenigen, die marginalisiert werden, garantiert werden. Die Ereignisse vom 11. September zeigen, dass die Trennung von Zentrum und Peripherie nicht mehr länger die Sicherheitsordnung unserer heutigen Welt festlegen kann, da sogar die marginalisierten Gegenden in der Lage sein könnten, den großen Mächten Schaden zuzufügen.“¹⁰

Wären die USA und Europa auf diese weitsichtigen Überlegungen eingegangen, so würde ihr heutiges Verhältnis zu Iran ein besseres sein. Hingegen honorierten sie nicht einmal, dass Khatamis Handreichung von einem islamischen Politiker kam der erleben musste, dass sein Land in einen neunjährigen Krieg mit Irak verwickelt wurde, in dem geschätzte eine Million Menschen starben. Saddam Hussein wurde damals von einigen arabischen Nachbarn Irans und im Westen zum Sturz des neuen iranischen islamischen Regimes ermuntert. Die US-Administration erklärte Iran in ihrem „War on Terror“ zum „Schurkenstaat“, zum Feind. In der iranischen Führung ist man davon überzeugt, dass auch heute noch die „USA auf nicht weniger als einen Regimewechsel in Iran aus sind“¹¹, wozu ihnen die Nuklearkrise als Vorwand dient.

Wie tragfähig ist das Eis?

⁸ Nouvel Observateur, No. 1732, 15. Jan. 1998, in: Ignatenko, A., Islamic Radicalism: A Cold War By-Product, Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), 2001, S. 110.

⁹ Der Spiegel, Nr. 4, 1991, S. 124.

¹⁰ Khatami, M., Rede vor der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. November 2001, in: Internationale Politik, No.3, März 2002, S.75/76.

¹¹ Hossein Mousavian, How to engage Iran?, Foreign Affairs, February 9, 2012, <http://www.foreignaffairs.com/articles/137095/hossein-mousavian/how-to-engage-iran>.

Das taktische Eis, auf dem die USA, EU-Europa und die Bundesrepublik mit ihrer Handreichung an arabische islamische Parteien und Bewegungen zu balancieren haben, ist wahrscheinlich brüchiger, als sie glauben. Zunächst kann der Westen von deren Interesse an wirtschaftlicher Kooperation profitieren, messen sie doch ihre Gemeinden in erster Linie am Tempo sozialer Verbesserung. Von da aus gesehen kann der Westen mit islamischem Pragmatismus rechnen. Wie lange dieser vorhält ist fraglich. Der Zeitrahmen ist abschätzbar, an dem der gewaltige Berg politischer Widersprüche und Scherben zu messen ist, welche der Westen mit seinem „War on Terror“ und einer grottenschlechten Nahostpolitik im letzten Jahrzehnt koordiniert anrichtete: Von den USA gelenkt und einem willigen Europa flankiert, ist die Anzahl der Konfliktherde in der Region gewachsen, sind deren Inhalte noch schwieriger und explosiver geworden. Praktisch sind sie alle mit Einmischung der USA und der EU-Staaten verbunden, was Letztere zu Mitverursachern und Teilhabern jener konflikthaften Gemengelage macht. Neu ist auch, dass sich die Bundesrepublik in diese Rolle begeben hat. Insgesamt genommen ist das eine neue Negativqualität, welche abzubauen einen Paradigmenwechsel zumindest der europäischen Nahostpolitik mit Zielrichtung friedlicher Koexistenz und ihrer Prinzipien, demokratischer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe und gemeinsamer Sicherheit erheischen würde.

Das wäre zu begrüßen, ist jedoch wenig wahrscheinlich, weil es einer selbstkritischen Überprüfung des westlichen Hegemonismus gegenüber dem Nahen und Mittleren gleich käme. Bei einem solch hohen Niveau aber dürfte die inhaltliche Eignungsprüfung der USA, vor allem Europas, als neuer islamistischer Alliiertes durch Letztere ansetzen. Des Westens Achillesverse dort, wo der Einfluss der jetzt von ihm plötzlich als „gemäßigt“ hoffähig gemachten Islamisten aufhört und der der antiwestlichen Salafisten und Jihâdisten in der muslimischen Mehrheit beginnt und dominiert. Sie könnten die Gemäßigten an der Macht wegen „fauler Kompromisse“ mit dem Feind stürzen.

Woraus folgert: Der Westen legt mit seiner neuen „islamischen Taktik“ sein politisches Schicksal in der arabischen Region in die Hände einer sich innerhalb der muslimischen Umma möglicherweise als Minderheit erweisenden Kraft. Wer anders aber bleibt ihm, nachdem seine bisherigen Stadthalter gestürzt und die säkularen Revolutionäre keine Mehrheiten im Volk, der muslimischen Umma erhalten?

Daraus ergibt sich: Weder die USA, noch die EU werden ihr Gesamtkonzept gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten aufgeben. Die dafür entscheidende konzeptkonforme Lenkung der neuen Machteliten wird sich allerdings als wunder Punkt erweisen. Das gilt besonders für jene islamischen, auf die sie zu setzen versuchen. Diesen werden sie, neben einem wirtschaftlichen, vor allem auch einen politischen Preis bezahlen müssen, um sie vor einer Entmachtung zu bewahren. Der Einstiegspreis ist bekannt – eine schnelle, gerechte Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Sie werden Israels Regierung zum Kofinanzieren auffordern müssen.